

Antrag 2022/I/Ges/7

Jusos Hamburg

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Pflege als Schlüssel unseres Gesundheitssystems

- 1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:
- 2 Wir fordern die SPD-Hamburg, die Mitglieder der SPD-Bürgerschaftsfraktion sowie die sozial-
- 3 demokratischen Mitglieder des Senates auf, sich für folgende Forderungen einzusetzen:
- 4 I. Im klinischen Bereich:
 - 5 1. Das Bonuszahlungen an Pflegekräfte als Wertschätzung der Bedeutung ihrer Pflegetä-
 - 6 tigkeit für die Gesellschaft ausgezahlt werden. Die Zahlungen erfolgen gestaffelt nach
 - 7 Dienstjahren und sollen auch Rückkehrer:innen in den Pflegeberuf umfassen.
 - 8 2. Die Bereitstellung von Mitteln für zusätzliches Personal, das pflegeferne Tätigkeiten
 - 9 übernimmt. Die Mehrkosten sollen dabei die Krankenkassen tragen.
 - 10 3. Ein Umdenken in der Personalbemessung nötigenfalls als Bundesratsinitiative herbeizu-
 - 11 führen:
 - 12 4. a) Kurzfristig muss §2 Art. I S. 1 PpUGV[1]¹ dahingehend konkretisiert werden, dass in der
 - 13 stationären Personalbemessung nur Pflegefachkräfte berücksichtigt werden, die an der
 - 14 selbstständigen Patient:innenversorgung direkt beteiligt sind.
 - 15 5. b) Langfristig soll die SPD Hamburg sich auf Bundesebene für die Umsetzung der im Ko-
 - 16 alitionsvertrag festgesetzten Pflegepersonalregelung 2.0. (PPR 2.0.) einsetzen.
- 17 II. Im Ambulant-pflegerischen-Bereich:
 - 18 1. Qualitative Untergrenzen für Materialien und Hilfsmittel, sowie einen landesweit vorge-
 - 19 gebenen Qualitätsstandard zu setzen. Die zur Sicherstellung der Einhaltung notwendi-
 - 20 gen Kontrollen soll das Amt für Arbeitsschutz Hamburg übernehmen.
 - 21 2. Die Schaffung des Berufsbildes der Gemeindepfleger:innen (sog. Community Health Nur-
 - 22 ses) durch den Bund soll auch in Hamburg unterstützt werden. Dafür müssen bürokratie-
 - 23 arme, städtische Strukturen geschaffen werden, die den Einsatz der Community Health
 - 24 Nurses als Knotenpunkt von pflegerischen, medizinischen und sozialen Leistungen er-
 - 25 ermöglichen.
- 26 III. Zur Stärkung des Tarifsystems:
 - 27 1. Innerhalb der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) ist darauf hinzu-
 - 28 wirken, dass im Rahmen künftiger Tarifverhandlungen der Lohn um den Betrag von zwei
 - 29 Entgeltgruppen – zumindest für die Gruppen P5 bis P13 - erhöht wird.

30 2. Zur Sicherstellung flächendeckend angemessener Bezahlung, soll die bestehende Be-
31 schlussslage der SPD zur Förderung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen auf Bun-
32 desebene vorangetrieben werden.

33 [1]² Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung

34 **Begründung**

35 Die Pandemie hat uns vor Augen geführt, was wir schon lange wissen: Wir haben ein Problem
36 in der Pflege!

37 In der Pandemie hat sich die erste Katastrophe angebahnt. Die psychische und physische Be-
38 lastung ist untragbar geworden und die tägliche Begleitung von Tod, Krankheit und Trauer zollt
39 ihren Tribut. Immer mehr Pfleger:innen verlassen ihren Beruf und orientieren sich um. Die wei-
40 ter fortschreitende Unterbesetzung betrifft hier alle Bereiche der pflegerischen Versorgung,
41 von Säuglingsstationen bis zur Geriatrie. Dass Pflegefehler aufgrund von Personalmangel und
42 Unterversorgung auf den Intensiv- und Normalstationen entstehen, ist allgemein bekannt. Um
43 diesen Trend aufzuhalten, bedarf es eines Umdenkens in der Personalbemessung. Eine Umfor-
44 mulierung des § 2 I 1 PpUGV führt zu einer direkten Entlastung, da Dienstpläne nur noch mit
45 wirklich am Patienten arbeitenden Personal geplant werden dürfen. Langfristig ist die Forde-
46 rung aus dem Koalitionsvertrag über die PPR 2.0. zu unterstützen, die eine Personalbemessung
47 nach tatsächlichem Bedarf ermöglichen soll. Zudem soll zusätzliches Personal den bereits über-
48 lasteten Pfleger:innen die pflegefernen Tätigkeiten abnehmen, um diesen so zu ermöglichen
49 sich wieder mehr um ihre Patient:innen zu kümmern.

50 Wir sind als alternde Gesellschaft besonders auf Pflegefachkräfte angewiesen. Aufgrund dieser
51 Tatsache soll die Wertschätzung der Pflegekräfte durch Bonuszahlungen ausgedrückt werden.
52 Diese sollen nach Dienstjahren gestaffelt sein und auch Rückkehrer:innen zugutekommen, die
53 sich dazu entscheiden in den Pflegeberuf zurückzukehren. Ausländische Fachkräfte dürfen und
54 können nicht das einzige Mittel sein, um unser marodes Gesundheitssystem zusammenzuhal-
55 ten. Ausländische Pflegekräfte werden in ihren Heimatländern gebraucht, daher wäre es unso-
56 lidarisch mit unseren EU-Freundschaftsstaaten, wenn wir alleinig auf Hilfe durch ausländisches
57 Personal setzen. Die Arbeitsbedingungen in der Pflege müssen grundlegend verbessert werden
58 und nicht einfach auf die Schulter derer verlagert werden, die sich vermeintlich weniger weh-
59 ren können, wie beispielsweise Pflegekräfte aus anderen EU-Staaten.

60 Die zweite Katastrophe unserer gesundheitlichen Versorgung wartet zuhause.

61 2019 lag die Zahl der Pflegebedürftigen in Hamburg bei knapp 80.000 Menschen. Diesen ste-
62 hen 600 stationäre und ambulante Pflegeeinrichtungen gegenüber, sowie Angehörige, die die
63 Pflege zuhause unterstützen. Vereinsamung, wundgelegene Stellen, Stürze und mangelnde
64 Hygiene beschreiben den unwürdigen Zustand der Pflegebedürftigen, der sich aus dieser Ver-
65 sorgungslage ergibt. Denn es gibt inzwischen schlicht zu wenig Pfleger:innen für zu viele Pfl-
66 gebedürftige. Die Hamburger:innen werden unaufhörlich älter und dadurch braucht es eine
67 flächendeckende Aufrüstung in der Versorgung unserer Bürger:innen, um dem gewachsen zu

68 sein. Ein Fokus muss auch auf den Arbeitsmaterialien liegen, bei denen Quantität und Qualität
69 unter der Sparpolitik der gewinnorientierten Pflegekonzerne leiden. Um die überlasteten Pfl-
70 gekräfte zu unterstützen, können sog. Community Health Nurses die Koordination und Organi-
71 sation der sozialen und medizinischen Leistungen übernehmen. Dies kann auch dem Umstand
72 in Zukunft vorbeugen, dass statt fehlender Pflegekräfte die Angehörigen für die Betreuung her-
73 angezogen werden.

74 Um der Pflegekrise noch etwas entgegensetzen zu können, sollen finanzielle Mittel nicht für
75 teure Zeitarbeitskräfte aufgewendet werden, stattdessen ist eine Erhöhung des allgemeinen
76 Lohnniveaus aller Pflegekräfte unabdingbar. Dafür ist eine Erhöhung des Lohns- zumindest in
77 den Entgeltgruppen P5-P13- erforderlich. Die Eingruppierung soll zwei Stufen höher als bisher
78 auf der Lohnentgelttabelle (TVÖD-K) erfolgen. Dazu soll die SPD Hamburg die Vereinfachung
79 von Allgemeingültigkeitserklärungen im Bund weiter vorantreiben. Dies kann neue Anreize für
80 Berufseinsteiger:innen schaffen und stellt eine moderne Entlohnung dar, die der Verantwor-
81 tung und der Gesellschaftsdienlichkeit der Tätigkeit gerecht wird.

82

83 All diese Maßnahmen sind notwendig, um den Beruf der Pflegefachkraft zukunftsfähig zu ge-
84 stalten.

85